

Weise verpflichtet, auch wenn sie nicht der christlichen Gemeinde angehört. ‚Tut Gutes an Jedermann.‘ In beiden Verhaltensweisen dient die Kirche dem freien Staat in ihrer freien Weise, und in Zeiten der Rechtswandlung darf die Kirche sich diesen beiden Aufgaben keinesfalls entziehen. Die dritte Möglichkeit besteht darin, nicht nur die Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern dem Rad selbst in die Speichen zu fallen. Solches Handeln wäre mittelbar politisches Handeln der Kirche und ist nur dann möglich und gefordert, wenn die Kirche den Staat in seiner Recht und Ordnung schaffenden Funktion versagen sieht, d.h., wenn sie den Staat ein zuviel oder zuwenig an Ordnung und Recht verwirklichen sieht. In beiden Fällen muss sie dann die Existenz des Staates und damit ihre eigene Existenz bedroht sehen.“ Bonhoeffer erkennt aus Römer 13, „dass die Kirche im Gehorsam gegenüber Gott ihre eminente Weltverantwortung gerade gegenüber dem Staat ernst nimmt und ihn auf sein von Gott angeordnetes Wesen hin zur Rechenschaft zieht“³¹.

Worin bestehen Sinn und Auftrag des Christenmenschen? Nicht darin, mit am Rad zu drehen, noch für die Täter Spalier zu bilden und Beifall zu spenden, vielmehr „nicht nur die Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern dem Rad selbst in die Speichen zu fallen“.

Anmerkungen

- ¹ Kremer, Helmut, Anders als man denkt 75 Jahre Machtergreifung durch die Nationalsozialisten; in: zeitzeichen Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft, 9. Jg. Januar 2008, S.11.
- ² AUFRUF DER REICHSREGIERUNG AN DAS DEUTSCHE VOLK (AUSZUG) vom 1.2.1933; in: Kretschmar, Georg (Hg.), Dokumente der Kirchenpolitik des Dritten Reiches, Bd. 1, München 1971, S.1.
- ³ Koch, Ernst, Thüringer Wege im „Dritten Reich“; in: Seidel, Thomas A. (Hg.), Thüringer Gratwanderungen Beiträge zur fünfundsiebzigjährigen Geschichte der evangelischen Landeskirche Thüringens, Leipzig 1998, S. 81.
- ⁴ Müller, Pfarrer, Chronik der Ev. Kirchengemeinde Bischofrod, Kreis Schleusingen, (preußische) Provinz Sachsen (Regierungsbezirk Erfurt), Blatt 36a–40.
- ⁵ Hitler, Adolf, Mein Kampf, München 1933, S.632.
- ⁶ Prolingheuer, Hans, Wir sind in die Irre gegangen. Die Schuld der Kirche unterm Hakenkreuz, Köln 1987, S. 30.
- ⁷ Ebd., S. 36.
- ⁸ Ebd., S. 33.

⁹ SPIEGEL Nr. 3 14.01.2008, S. 44ff.

¹⁰ Ebd., S. 46.

¹¹ Hans Maier, Politische Religionen und christlich motivierter Widerstand; in: Leiner, Martin/Hildigund Neubert/Ulrich Schacht/Thomas A. Seidel (Hg.), Gott mehr gehorchen als den Menschen – Christliche Wurzeln, Zeitgeschichte und Gegenwart des Widerstands, Göttingen 2005, S. 178.

¹² Janz, Oliver: Das evangelische Pfarrhaus. In: Francois, Etienne/Hagen Schulze (Hrg.). Deutsche Erinnerungsorte, Bd. III, München 2001, S. 222.

¹³ Ebd., S. 224.

¹⁴ Ebd., S. 229.

¹⁵ Heiden, Detlev/Gunther Mai (Hg.), Thüringen auf dem Weg ins „Dritte Reich“, Erfurt o. J. (1995), S. 225f.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Hoffmann-Loss, Herbert, Vom Kreuz zum Hakenkreuz Die Bekenntnisschrift ‚Leben aus Führung‘ des Nationalprotestanten Richard Hoffmann, Berlin 2007, S. 15.

¹⁸ Ebd., S. 15.

¹⁹ Hans Maier, a. a. O.

²⁰ Welzer, Harald, Die Deutschen und ihr „Drittes Reich“; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 14–15/2007 2. April 2007, S. 24f.

²¹ Tausk, Walter, Breslauer Tagebuch 1933–1940, Berlin 1975, S. 25.

²² Ebd., S. 27.

²³ Ratsch, Alide, Protest im Namen Jesu Christi, Tagebuchaufzeichnungen der Frau des reformierten Pfarrers von Berlin-Köpenick über die „Köpenicker Blutwoche“ Juni 1933; in: Drobisch, Klaus/Gerhard Fischer (Hg.), Widerstand aus Glauben Christen in der Auseinandersetzung mit dem Hitlerfaschismus, Berlin 1985, S. 48f.

²⁴ Hans Maier, a. a. O., S. 181.

²⁵ Hans Maier, a. a. O.

²⁶ Schmidt, Günter, Martin Niemöller Bewährung des christlichen Glaubens; in: Bock, Helmut, Sturz ins Dritte Reich Historische Miniaturen und Porträts 1933/35, S. 325f.

²⁷ Niemöller, Wilhelm: Der Pfarrernotbund – Geschichte einer kämpfenden Bruderschaft, Hamburg 1973, S. 159 f.

²⁸ Hartmut Mehringer/Werner Röder, Gegner, Widerstand, Emigration; in: Broszat, Martin/Norbert Frei (Hg.), Das Dritte Reich im Überblick Chronik Ereignisse Zusammenhänge, 3. Aufl. München 1989, S. 115.

²⁹ Ebd., S. 114f.

³⁰ Bonhoeffer, Dietrich, GS Bd.I, München 1958, S.44–53.

³¹ Theodor Strohm, Obrigkeit und Widerstand – Bonhoeffers Verständnis von Römer 13; in: Leiner, Martin/Hildigund Neubert/Ulrich Schacht/Thomas A. Seidel (Hg.), Gott mehr gehorchen als den Menschen – Christliche Wurzeln, Zeitgeschichte und Gegenwart des Widerstands, Göttingen 2005, S. 220.

Elisabeth Siebert: Braunen Profiteuren entgegenwirken - Demokratieförderung ist das beste Mittel gegen Rechtsextremismus

„Wenn ich gewußt hätte was kommt, wäre ich 1989 nicht auf die Straße gegangen.“ Keine generelle Haltung im Nordosten Deutschlands, aber immerhin ein Satz, der so oder so ähnlich immer wieder fällt. Im Jahr 20 nach dem Mauerfall ist manch einer nicht gut zu sprechen auf die Demokratie, und die Stimmung ist vielerorts geprägt von Angst, Resignation und sogar Verbitterung. Eine immer weiter absinkende Wahlbeteiligung, abnehmendes gesellschaftliches Engagement und die wachsende Hin-

wendung zu antidemokratischen Ideologien sind deutliche Warnsignale für eine Erosion der Demokratie, die in einigen Regionen nicht mehr nur von einer Minderheit der Bevölkerung ausgehen. Gleichzeitig erschüttern die weltweiten ökologischen, sozialen und wirtschaftspolitischen Umbrüche die Fundamente unserer Existenz und stellen die Fähigkeit der demokratischen Gesellschaft, diese Herausforderungen zu bewältigen, in immer kürzeren Abständen auf den Prüfstand.



London, Bankenviertel

Von dieser Situation profitieren in erster Linie die Rechtsextremisten. Sie schüren mit ihrer Propaganda einerseits gezielt die vorhandenen Ängste und Sorgen und fördern andererseits nach Kräften die Zweifel an der Lösungskompetenz der Demokratie. Die braunen Profiteure arbeiten aktiv daran, die bereits vorhandene Vertrauenskrise der Demokratie zu vergrößern, die sich im Wesentlichen aus drei Komponenten zusammensetzt: aus übermäßigem Optimismus, der folgerichtig frustriert werden mußte; einer bislang nicht ausreichenden Übernahme demokratischer Mitverantwortung durch die Bevölkerung sowie aus einer oft kritikwürdigen politischen Praxis.

Enttäuschter Optimismus

Im Osten des vereinigten Deutschlands waren die Erwartungen zunächst hoch: Die Demokratie sollte Freiheit und Wohlstand garantieren, echte Mitbestimmung ermöglichen, transparent und unbestechlich sein und schließlich auch Gleichheit der Chancen und Perspektiven gewährleisten. Die Realität mußte wohl hinter diesen Erwartungen zurückbleiben.

Die einsetzenden Verbesserungen wurden freudig begrüßt, häufig aber bald als selbstverständlich betrachtet, und die Begeisterung über Werte wie Meinungsfreiheit und wachsende gesellschaftliche Vielfalt verschwand bald wieder aus dem Alltagsbewusstsein. Dagegen stellte sich vielerorts der erste Frust ein, denn die Demokratie entpuppte sich als ein anstrengendes und sperriges Instrument mit hoher Störanfälligkeit. Ausführlicher Meinungsstreit, mühsame und langwierige Verhandlungen und mitunter unbefriedigende Kompromisslösungen wurden oft nicht als Wesensmerkmale der Demokratie wahrgenommen, sondern als Ausdruck persönlicher oder parteipolitischer Machtkämpfe oder schlichter Unfähigkeit betrachtet. Zusätzlich brachten die Veränderungen für viele Menschen nicht den erwarteten dauerhaften wirtschaftlichen Aufschwung,

sondern im Gegenteil, für viele sogar persönliche Krisen mit sich: Arbeitslosigkeit, Abwanderung und die Auflösung sozialer Bezüge prägten und prägen das Leben. Ebenso wie die junge Demokratie im Westdeutschland der 1950er und 1960er Jahre einen erheblichen Imagegewinn und Vertrauensvorsprung durch das einsetzende Wirtschaftswunder für sich verbuchen konnte, wird hier im Osten heute bereitwillig die Schuld oder zumindest Mitschuld an der überwiegend negativ beurteilten wirtschaftlichen Entwicklung zugeschrieben.

Die brisante Mischung aus idealistischen Erwartungen, einer ermüdenden politischen Alltagspraxis und den teilweise bitteren persönlichen Erfahrungen haben das Verhältnis zur Demokratie und das Verständnis von Demokratie in den letzten Jahren bestimmt. Viele derjenigen, die in einer beispiellosen Revolution die DDR-Führung gestürzt haben, fühlen sich heute um ihre Hoffnungen und Mühen betrogen, denn die Demokratie scheint nicht halten zu können, was man sich von ihr versprochen hat. Viel zu viele Menschen wurden irgendwo auf ihrem persönlichen Weg zur Demokratie abgehängt oder alleingelassen, und die erleben sich nun nicht als Mitgestalterinnen und Mitgestalter gesellschaftlicher Prozesse, sondern als wehrlose Opfer einer scheinbar willkürlichen Politik.

Dementsprechend groß ist das Potenzial an Wut oder Verzweiflung, das sich rechtsextreme Demagogen zu Nutzen machen.

Distanzierte Skepsis

Der Aufbau demokratischer Organisations- und Verwaltungsstrukturen in Deutschlands östlichen Bundesländern verlief schnell und reibungslos und dennoch ist die Demokratie auch nach zwanzig Jahren noch nicht in ausreichendem Maße angekommen. Es sieht allerorts demokratisch aus, aber durch die schwindende Mitwirkungsbereitschaft der Bevölkerung läuft manch ein demokratisches Gremium allmählich Gefahr, zu einem potemkinschen Dorf zu verkommen. Es ist bei Weitem nicht ausreichend, den Menschen lediglich die passenden Strukturen zu beschere, um eine stabile demokratische Gesellschaftsstruktur zu etablieren. Eine belastbare demokratische Kultur entsteht nur, wenn sie von der Mehrheit der Bevölkerung selbst eingefordert, entwickelt und gepflegt wird.

Eine Demokratie ist immer dann in ihren Grundfesten gefährdet, wenn es ihr an Identifikation und Gestaltungsbereitschaft ihrer Bürgerinnen und Bürger mangelt. Nur durch die aktive Teilhabe an politischen Prozessen können Menschen die Kompetenzen erwerben, um Demokratie als eine persönliche Chance und Bereicherung erfahren zu können. Nur wer aktiv daran mitwirken kann,

in einem Dickicht verschiedenster Interessen adäquate Lösungen für Herausforderungen zu finden, kennt die Mühen, aber auch die Vorteile der demokratischen Praxis aus eigener Erfahrung und verfügt über realistische Einschätzungen bezüglich der Möglichkeiten und Grenzen der Demokratie. Wer die eigene Mitverantwortung für das Gelingen des demokratischen Miteinanders nicht wahrnimmt, neigt schneller dazu, den Umgang mit Herausforderungen an staatliche Organe zu delegieren. In schlechtester obrigkeitshöriger Tradition soll dann ‚der Staat‘ alles irgendwie richten, und richtet er es nicht mit dem gewünschten Ergebnis, kann in einer solch passiven Rolle dann trefflich mit ‚denen da oben‘ abgerechnet werden.

Eine Demokratie, die in solcher Weise zunächst mit überzogenen Erwartungen überfordert, dann distanziert passiv beäugt und schließlich überkritisch abgeurteilt wird, hat binnen kurzer Zeit ernste Probleme.

Zweifel an den demokratischen Strukturen und Akteuren

So richtig es ist, demokratische Strukturen und Akteure gegenüber überzogenen Erwartungen in Schutz zu nehmen, so falsch wäre es, dies auch gegenüber dramatischen politischen Fehlentwicklungen oder vorsätzlichem Fehlverhalten zu tun. Es vergeht kaum ein Tag, an dem eigene Erfahrungen oder Medienberichte nicht diesbezügliche Skepsis gegenüber dem Zustand unseres Gemeinwesens auslösen. Das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit oder auch die Handlungsbereitschaft der Politikerinnen und Politiker schwindet und die statistischen Werte ihrer persönlichen und politischen Glaubwürdigkeit sinken mit wenigen Ausnahmen immer weiter ab. Die politischen Parteien und andere Organe gesellschaftlicher Meinungsbildung, wie Gewerkschaften oder Verbände, verlieren immer weiter an Bindungskraft, ihr Mitgliederschwund und Imageverlust ist dramatisch. Die vielbeschworene Politikverdrossenheit taugt dabei nur bedingt als Erklärungsmuster, denn der Rückzug aus der gesellschaftlichen Mitwirkung beschränkt sich in auffälliger Weise auf die etablierten politischen Strukturen – die Verdrossenheit gilt offenbar ausdrücklich deren inhaltlichen Angeboten und deren Glaubwürdigkeit. Zur selben Zeit gelingt es anderen Gruppen nämlich sehr wohl, Menschen an sich zu binden, sie zu politisieren und sie zu beeindruckender ehrenamtlicher Arbeit zu motivieren – leider sind das aber zunehmend auch solche, die in erklärter Gegnerschaft zu demokratischen Werten stehen. Der Aufbau der rechtsextremen Bewegung im Nordosten erfolgte beispielsweise über Jahre hinweg vorwiegend durch ehrenamtliches Engagement .

Laut aktueller Zahlen der Friedrich-Ebert-Stiftung beurteilt erstmals seit Gründung der Bundesrepublik die Mehrheit aller Deutschen den Zustand der Demokratie in unserem Land negativ. Im Osten ist die Zahl der Zweifler besonders hoch. Die Kritik an der politischen Praxis

vermischt sich dabei immer häufiger mit einer generellen Kritik an der Demokratie als Gesellschaftsordnung. Insbesondere die braunen Profiteure rechtsaußen feiern jeden Fehler der demokratischen Akteure und versuchen ihn als Beweis dafür umzudeuten, dass die Demokratie als Gesellschaftsprinzip versagt. Jeder Skandal und jeder Betrug, jede Täuschung und jede politische Lüge ist potenziell geeignet, als Indiz dafür herzuhalten, dass die Demokratie an sich nichts taugt. Reale oder scheinbare Fehler der demokratischen Strukturen und Akteure werden zur Munition, um die Demokratie selbst in Frage zu stellen.

Angst und Verunsicherung

Die Vertrauenskrise der Demokratie kommt wirklich ungelegen. Viele Menschen sind tief verunsichert: Wer nicht weiß, ob er in einem Jahr seine Kredite noch bedienen kann, sich gegebenenfalls von Hartz IV bedroht sieht und nicht mehr nachvollziehen kann, mit welcher Rentenversorgung er noch rechnen kann, was die Gesundheitsvorsorge ihn kostet, ob seine Nahrung noch vertrauenswürdig und ob das Sparguthaben noch sicher ist, wird nachvollziehbar dünnhäutig gegenüber scheinbar folgenlosem Subventionsbetrug in Millionenhöhe, kontinuierlich wachsenden Gehältern in Politik und Wirtschaft oder der Steuerhinterziehung durch den Chef eines Finanzamtes. Folgerichtig kreist die zentrale Kritik an den demokratischen Akteuren im Nordosten um das scheinbare oder reale Versagen angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Probleme unserer Gesellschaft und entzündet sich dabei insbesondere an dem Thema der sozialen Gerechtigkeit.

Auch in diesem Themengebiet gelingt es den Demokratiegegnern zu oft, die Demokratie selbst in den Mittelpunkt der Kritik zu rücken. Die fatale Schlußfolgerung lautet: Die Mängel des wirtschaftlichen Systems sind eigentlich die Mängel der Demokratie. Den braunen Profiteuren nutzt es dabei besonders, dass vor dem Hintergrund der real existierenden Erfahrungen mit Sozialismus und Kommunismus gerade die Auseinandersetzung um wirtschaftspolitische Positionen oft noch immer tabuisiert ist. Im Westen Deutschlands wird die Debatte um Heuschrecken und Globalisierung weitaus vielschichtiger und unverkrampfter geführt, als im Osten, wo sie weitgehend der extremen Linken oder Rechten überlassen wird. Die NPD stellt im Nordosten als einzige Partei das Wirtschaftssystem Deutschlands offen in Frage und bezeichnet auf ihren aktuellen Wahlplakaten beispielsweise jegliche Privatisierung als Diebstahl am Volk.

Nicht von ungefähr konzentriert sich die gesamte Propaganda von rechtsaußen auf Themenfelder mit starker emotionaler Aufladung. Unter dem Kampagnenslogan ‚sozial geht nur national‘ werden die Abstiegs- und Zukunftsängste in den Mittelpunkt gestellt, flankiert von anderen, stark emotionsgeladene Themen wie Gentechnik, Gewalt gegen Kinder oder Überfremdung. Damit soll das große Potenzial derjenigen gezielt angesprochen

werden, die ebenso voller Zweifel und Befürchtungen gegenüber ihrer persönlichen Zukunft wie auch gegenüber der gesellschaftspolitischen Entwicklung sind. Der Gestus des ‚Retters‘, mit dem sie bevorzugt auftreten, ist dabei an Verlogenheit nicht zu überbieten, denn sie haben keinerlei Interesse, irgend etwas zur Verbesserung der Situation beizutragen. Angst und Resignation können ihnen im Gegenteil gar nicht groß genug sein, denn daraus ziehen sie ihren Nutzen.

Die Rechtsextremen wollen die Energie aus den Sorgen, Ängsten und der Wut einerseits für sich instrumentalisieren, um damit eine grundsätzliche Infragestellung unseres demokratischen Gesellschaftsverständnisses zu erreichen. Gleichzeitig werden die vorhandenen Verlustängste geschickt genutzt, um Vorbehalte und Aggressionen gegen die Menschengruppen zu schüren, die sie in ihrer Ideologie der Ungleichwertigkeit und Ausgrenzung mit Hass und Verachtung verfolgen. Da die eigentlichen Adressaten in den Führungsetagen der Politik und Wirtschaft gegenüber der Kritik oft unerreichbar oder unempfindlich erscheinen, lenkt die rechtsextreme Propaganda die vorhandene Wut gezielt gegen erreichbare Sündenböcke.

Regionalzentren für demokratische Kultur

So verführerisch es ist, angesichts eigener Ängste und Befürchtungen und der Zumutungen der politischen Alltagspraxis in den Chor der Demokratiekritiker einzustimmen, so falsch ist es auch. Im Vergleich mit allen bekannten Alternativen ist und bleibt die Demokratie die gesellschaftliche Praxis, in dem das Leiden am geringsten ist. Die Demokratie steht aber unter Verdacht oder sogar unter Anklage und braucht deshalb dringend glaubwürdige Anwältinnen und Anwälte. In dieser Rolle agieren die beiden Regionalzentren für demokratische Kultur in Trägerschaft der Evangelischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern.

Die Evangelische Akademie Mecklenburg-Vorpommern engagiert sich seit langem im Bereich der Demokratieentwicklung und insbesondere in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Strukturen. Von 2001 bis 2007 war sie zusammen mit der Regionalen Arbeitsstelle für Demokratie, Bildung und Integration (RAA) Trägerin eines ‚Mobilen Beratungsteams für demokratische Kultur (mbt)‘, das zu einem anerkannten Experten zum Thema Demokratieentwicklung und insbesondere zu einem wichtigen Unterstützer in der Arbeit gegen Rechtsextremismus wurde. Aufgrund der großen Nachfrage nach entsprechender Beratung, Fortbildung und Begleitung entschloss sich die Landesregierung zu einer Ausweitung dieser Unterstützungsstruktur. Seit August 2007 stehen die Angebote unter dem Dach von fünf ‚Regionalzentren für demokratische Kultur‘ allen Initiativen, Gruppen, Gremien oder Einzelpersonen kostenlos zur Verfügung, die sich für ein verantwortungsvolles und solidarisches Zusammenleben einsetzen. Neben der RAA und der Evangelischen Akademie engagiert sich das Christliche Ju-

genddorf (CJD) als dritter Träger eines Regionalzentrums in dieser Arbeit.

Die Evangelische Akademie Mecklenburg-Vorpommern ist Trägerin des Zentrums für die Region Nordvorpommern-Rügen-Stralsund und des Zentrums für die Region Bad Doberan-Güstrow-Rostock. Das Team der beiden Zentren besteht aus neun Personen, mit sozialwissenschaftlichen und pädagogischen Ausbildungen, die zum Teil schon seit Jahren in der Arbeit für Demokratieförderung tätig sind. Ihr Beratungs- und Fortbildungsangebote zielt neben der Wissensvermittlung im Wesentlichen auf die Gewinnung bzw. Rückgewinnung der Teilnehmenden für gesellschaftliches Engagement. Durch Beratung, Bildung und Begleitung wird versucht, mehr Menschen für die Gefahren demokratiefeindlicher Haltungen zu sensibilisieren und sie dafür zu gewinnen, in ihrem beruflichen und privaten Alltagsleben aktiv für Demokratie zu wirken. Die Interessierten werden durch Fortbildung, Beratung und Coaching gestärkt, Einzelne und Gruppen vernetzt und so die Umsetzung einer ganzen Reihe zivilgesellschaftlicher Projekte ermöglicht.

Demokratieförderung durch Gemeinwesenberatung

Den Ideologien der Ungleichwertigkeit und Ausgrenzung entgegenzutreten, die bereits in vielen Gemeinden, Vereinen, Betrieben, Jugendclubs etc. Fuß gefaßt haben, ist eine große Herausforderung. „Wenn ich einmal zugebe, dass wir hier ein Problem mit Rechtsextremismus haben, werde ich zu nichts anderem mehr kommen“, sagen die Verantwortungsträgerinnen und -träger häufig in den ersten Beratungsgesprächen. Nicht ohne Grund schrecken viele davor zurück, sich der Herausforderung durch antidemokratische Ideologien zu stellen: Vielen ist die Sorge gemeinsam, für eingeräumte Mängel zwar öffentlich angeklagt, anschließend mit der Lösung der Probleme aber allein gelassen zu werden. Darüber hinaus besteht häufig Unklarheit über Handlungsmöglichkeiten; oft sehen die Akteure ihre Optionen auf direkte Konfrontationen mit rechtsextremen Personen, Strukturen oder Aktionen beschränkt, also auf Situationen, denen sie sich unter Umständen nicht gewachsen fühlen. Dies kann Gefühle der Überforderung und nicht selten auch Angst auslösen, auf die bevorzugt mit Leugnung oder Delegation an die Polizei oder übergeordnete staatliche Organe reagiert wird.

Kaum jemand beschäftigt sich deshalb ohne Not mit dem Thema Rechtsextremismus oder den Defiziten des demokratischen Miteinanders und kaum jemand fällt der Schritt leicht, durch die Bitte um Unterstützung zu zeigen, dass die Grenzen der eigenen Handlungsfähigkeit erreicht sind. Die Problemanzeige aus den Gemeinwesen erfolgen deshalb zumeist erst dann, wenn sich durch das stetige Anwachsen der Probleme ein so erheblicher Leidensdruck aufgebaut hat, dass ein Ausweichen kaum noch möglich ist oder wenn Berichterstattungen in den Medien die Verant-

wortlichen zum Handeln zwingen. Fast immer liefern daher konkrete Vorfälle mit mutmaßlich rechtsextremem Hintergrund den Anlass zu einer Gemeinwesenberatung, typische Beispiele sind verbale Bedrohungen oder körperliche Attacken, Unterwanderungsversuche im Elternrat einer Schule oder auch rechtsextreme Äußerungen innerhalb eines Vereins.

Obwohl den meisten Akteuren durchaus schon im Vorfeld der Beratung bewusst ist, wie tief die Ursachen der rechtsextremen Umtriebe reichen, ist mit einer Anfrage an die Regionalzentren zunächst dennoch oft die Hoffnung verbunden, die Problemlagen durch eine kurzfristige Intervention der Expertinnen und Experten schnell und dauerhaft beseitigen zu können. Die rechtsextreme Präsenz soll wie eine Art lästiges Furunkel durch einige präzise chirurgische Schnitte entfernt werden. Leider stellt sich aber meist schnell heraus, dass – um im medizinischen Bild zu bleiben – die rechtsextremen Furunkel leider nur die Symptome einer tiefergehenden Krankheit des Organismus sind. In einem ersten Beratungsschritt regen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regionalzentren die Einberufung einer für das Gemeinwesen repräsentativen Gruppe an, um dort das weitere Vorgehen zu beraten und zu entscheiden. In den Beratungen für Kommunen sind daran beispielsweise die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister, die örtlichen Sport- und Freizeitvereine, die Schulen, alle demokratischen Parteien, die Polizei, Träger kommunaler Jugendarbeit, Wohlfahrtsverbände, regionale Wirtschaftsverbände und die Kirchen beteiligt. Für dieses Gremium wird dann durch das Regionalzentrum eine erste Grundlagenfortbildung zu rechtsextremem Strukturen, Strategien und Zielen durchgeführt, um einen gemeinsamen Wissensstand als Grundlage weiterer Planungen zu erreichen und den Austausch unterschiedlicher Sichtweisen anzuregen. Daran schließt sich eine durch das Regionalzentrum moderierte gemeinsame Problemanalyse an, die meist bereits weit über den ursprünglichen Anlass der Beratung hinausreicht. Es ist verblüffend, wie einmütig die Akteure – unabhängig von ihren höchst unterschiedlichen politischen Positionen, Sichtweisen und Interessen – dabei die Ursachen der jeweiligen rechtsextremen Erscheinungen in einer mangelhaft funktionierenden demokratischen Kultur verorten. Das Ergebnis dieses Beratungsschritts löst bei ihnen häufig tiefe Betroffenheit und ein Gefühl der Hilflosigkeit und Überforderung aus. In dieser Situation ist es die Aufgabe der Beraterinnen und Berater in einem moderierten Zielplanungsprozess Quellen zu eröffnen, um wieder Hoffnung, Motivation und Kraft für gesellschaftliche Gestaltung zu schöpfen. Dafür werden unter anderem konkrete Ziele vereinbart, die kurz-, mittel- oder langfristige angestrebt werden und, um gemeinsame Er-

folgerlebnisse zu erleichtern, dabei werden auch die Handlungsfelder herausgearbeitet, in denen die Arbeit zunächst konzentriert werden soll. Die gemeinsam beschlossenen Prozesse werden durch die Beraterinnen und Berater mit Sachkenntnis und Sensibilität, mit Fachlichkeit und Engagement initiiert und begleitet. Sie vermitteln Methoden und Materialien, Partnerschaften und Fördermittel, unterstützen durch Beratung, Vernetzung, Moderation und Mediation.

Demokratieförderung durch Demokratie – Bildung: Ansatzpunkte

Die Regionalzentren wollen einen Motivations- und Kompetenzzuwachs bezüglich demokratischem Handeln erreichen, der schon bei den jüngsten Mitgliedern der Gesellschaft beginnt. Ein Schwerpunkt der Arbeit ist deshalb die Unterstützung von KiTas und Grundschulen. Für die meisten Kinder ist der Besuch einer Kindertagesstätte, spätestens jedoch der Besuch der Grundschule, der Eintritt in eine erste größere Gruppe als die der Familie. Gleichzeitig tritt neben die private erstmals eine öffentliche Institution, die somit das Bindeglied zwischen dem Einzelnen und der Gesellschaft bildet. Die Erfahrungen, die Mädchen und Jungen hier machen, prägen ihre Biografien. Maßnahmen, die dazu beitragen, Kindern bereits in diesem frühen Lebensalter positive Erfahrungen mit demokratischen Grundprinzipien zu vermitteln, können den Grundstein für eine gelungene soziale Interaktion und Integration und damit die Basis einer zukünftigen Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen bieten. Die Ergebnisse aktueller Jugendstudien zeigen, dass die Mehrzahl der Jugendlichen mit ca. 12 Jahren bereits eine stabile Werteorientierung aufweist, die in ihren Eckpunkten danach nur noch schwer zu verändern ist. Durch die Beratung und Unterstützung der weiterführenden Schulen werden die positiven Erfahrungen weiter gefestigt.

Außerhalb der pädagogischen Institutionen werden durch die Regionalzentren Strukturberatungen für die schulische, kommunale oder kirchliche Jugendarbeit geleistet, Methoden und Materialien für Jugend- und Erwachsenenbildung vermittelt sowie beispielhafte Einzelprojekte konzipiert und durchgeführt. Daneben umfasst die Demokratiebildung auch all jene Fortbildungsangebote, die darauf zielen, den erwachsenen Akteuren im Gemeinwesen die ‚Spielregeln‘ des demokratischen Miteinanders näherzubringen. Beispiele hierfür sind die Vermittlung von Moderations- und Strukturentwicklungstechniken für den Aufbau vernetzter Arbeitsbezüge.